

Mitteilung

der Landesregierung

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2006 des Rechnungshofs zur Landeshaus-
haltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haus-
haltsjahr 2004 (Nr. 8)
– Erhöhungsanträge bei Infrastrukturmaßnahmen des
öffentlichen Personennahverkehrs**

Landtagsbeschluss

Der Landtag hat am 14. Februar 2007 folgenden Beschluss gefasst (Drucksache 14/843 Teil B Abschnitt V):

Die Landesregierung zu ersuchen,

1. die Empfehlungen des Rechnungshofs umzusetzen, insbesondere bei Vorhaben nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz verstärkt die Höchstbetragsförderung anzuwenden, um einen wirtschaftlichen Einsatz knapper Fördermittel und eine Verwaltungsvereinfachung zu erreichen;
2. dem Landtag über das Veranlasste bis 30. Juni 2007 zu berichten.

Bericht

Mit Schreiben vom 30. Mai 2007 Nr. I 0451.1 berichtet das Staatsministerium wie folgt:

Die Empfehlungen des Rechnungshofs werden im Rahmen der derzeit laufenden Neufassung der Verwaltungsvorschrift (VwV) für die GVFG-Nachfolgeregelung geprüft und soweit wie möglich auch berücksichtigt. Insbesondere ist daran gedacht, Regelungen über eine Höchstbetragsförderung aufzunehmen, um wie vom Rechnungshof gewünscht einen wirtschaftlichen Einsatz knapper Fördermittel und eine Verwaltungsvereinfachung zu erreichen. Der Rechnungshof wird bei der Neufassung der VwV für die GVFG-Nachfolgeregelung beteiligt.

Das Bewilligungsverfahren beim als Einzelfall dargestellten Neubau eines Betriebshofs ist zwischenzeitlich abgeschlossen worden. Die Zuwendung wurde als Höchstbetrag festgesetzt und im Bescheid wurde die Nebenbestimmung aufgenommen, dass Mehrkosten, die zusätzlich geltend gemacht werden, nicht bezuschusst werden. Damit ist sichergestellt, dass das Land nicht durch weitere Kostenerhöhungen belastet wird. Eine Anfrage des Zuwendungsempfängers auf Übernahme zusätzlicher Kosten wurde vom Innenministerium Anfang des Jahres 2007 mit dem Hinweis auf die Höchstbetragsförderung abgelehnt. Dadurch wurde ein Zuwendungsbetrag in Höhe von rd. 5 Mio. € eingespart.